

Dr. Rolf Mützenich in den Palästinensischen Gebieten

Jerusalem, Hebron, Ramallah – Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung Palästina besuchte Dr. Rolf Mützenich, MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und abrüstungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, die Palästinensischen Gebiete. An zwei intensiven Tagen kam der Abgeordnete mit ranghohen Vertretern der Fatah, der Palästinensischen Autonomiebehörde und weiteren wichtigen Partnern der FES zusammen.

Ein Ziel des Beratungsprogramms war es, die Fatah bei der Fortsetzung ihres Reformprozesses zu unterstützen. Dr. Mützenich ermutigte seine Gesprächspartner, den Generationswechsel und die weitere Demokratisierung der Bewegung engagiert voranzutreiben. Für den noch immer ausstehenden



sechsten Generalkongress der Fatah sicherte der Abgeordnete die Unterstützung der SPD zu. Die Durchführung des Kongresses könne ein positives Signal sein, um nicht nur das Vertrauen der palästinensischen Bevölkerung zurück zu gewinnen, sondern auch durch positive Nachrichten die Unterstützung in Deutschland und Europa zu erhöhen.



Eine weitere Station des Beratungsbesuchs war Hebron. Mit Vertretern der Temporary International Presence in Hebron (TIPH) beriet Dr. Mützenich die aktuelle Lage in der Stadt, in der es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Siedlern und Palästinensern kommt. Bei einer politischen Stadtführung, einem Beratungsgespräch mit der PLC-Abgeordneten Dr. Sahar Qawasmi und einem Treffen mit dem Bürgermeister von Hebron, Khaled Osaily, diskutierte der Bundestagsabgeordnete die Möglichkeiten deutsch-palästinensischer Kooperationen auf lokaler Ebene.

Am Ende seines Besuchs traf Dr. Mützenich in Ramallah junge Wissenschaftler und Fatah-Politiker. Im Rahmen einer Diskussionsrunde betonte er die wichtige Rolle der politischen Parteien, insbesondere der Fatah, für Frieden und Demokratie und sprach sich nachdrücklich für eine Beteiligung von Frauen am politischen Prozess aus. Außerdem versprach Dr.



Mützenich eine Fortsetzung der Kooperation: Eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts sei nur möglich, wenn Deutschland und die SPD auf der einen, die Fatah und die Palästinensische Autonomiebehörde auf der anderen Seite auch zukünftig zusammenarbeiteten.